

Verlorene Jahre

Fast das gesamte politische Berlin ging mit der Kanzlerin den Weg des geringsten Widerstandes. Man wich schwierigen Reformherausforderungen weitgehend aus oder man schob diese immer weiter vor sich her.



Kolumne des Präsidenten

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder,

in der Retrospektive bezeichnen immer mehr politische Beobachter, die aus praktisch allen politischen Lagern stammen können, die vergangenen 16 Jahre unter Bundeskanzlerin Angela Merkel als in manchen Bereichen „verlorene Jahre“. Es war eine Zeit, die von einer meistens prosperierenden Wirtschaft und teilweise sprudelnden Steuereinnahmen gekennzeichnet war. Es waren also meistens gute Jahre. Diese hätten genutzt werden können, ja hätten genutzt werden müssen, um Reformen auf den Weg zu bringen, die eine Basis zur Sicherung auch zukünftigen Wohlstandes sein könnten. Doch in dieser Hinsicht geschah praktisch nichts.

Fast das gesamte politische Berlin ging mit der Kanzlerin stattdessen den Weg des scheinbar geringsten Widerstandes. Man wich schwierigen Reformherausforderungen weitgehend aus oder man schob diese immer weiter vor sich her. Es wurde nur verwaltet und verteilt, was



Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann

sich auf Deutschlands Einstufung im Reform-Ranking der OECD niederschlug: Unser Land nimmt hier einen der hintersten Plätze ein. Digitalisierung, Bildung, Erhaltung der Infrastruktur, das Sozialversicherungswesen und noch vieles mehr: Statt unser Land zukunftsfest zu machen, wurden immer mehr größere und kleinere „Geschenke“ verteilt, um möglichst viele Bürger ruhig zustellen. Der dazu erforderliche und immer tiefere Griff in

die Staatskasse fiel angesichts einer seit Jahren expansiven Nullzins-Politik der Europäischen Zentralbank leicht.

Nun hat Deutschland gewählt und die in den Jahren unter Merkel immer weiter nach links gerückte Union hat bei den Wählern massiv an Vertrauen verloren. Das verwundert nicht. Denn wer eins und eins einigermaßen fehlerfrei zusammenzählen kann und kein Berufspolitiker ist, sieht schon heute einen an den Rand seiner Be-

lastbarkeit gefahrenen Staat. Dass in diesem Umfeld, darüber sollten sich die Genossen aber auch im Klaren sein, die SPD nennenswert zulegen konnte, lag mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht an ihrem Spitzenkandidaten und noch weniger an einer vor dem Wahltag aus wohl gutem Grund weitgehend „abgetauchten“ Parteispitze. Es lag ganz einfach an dem noch schlechteren Bild, das einige andere abgaben, einschließlich des Unions-Kanzlerkandidaten. Es lag an einer grünen Kanzlerkandidatin mit geschönten Lebenslauf und einem abgekupferten Buch und an einer in sich zerstrittenen Union, die sich von Merkel nicht hinreichend distanzieren konnte oder wollte und die den Fehler beging, ihre wenigen noch wirklich konservativen Politiker nach Kräften kaltzustellen.

Es sind Namen wie Veronika Bellmann, Saskia Ludwig, Hans-Jürgen Irmer und Sylvia Pantel, die von ihren Landesverbänden auf fast aussichtslose, hintere Listenplätze verdammt wurden und die dem neuen Bundestag nicht mehr angehören werden. Sie waren für manchen konservativen Geist noch ein Grund, die CDU zu wählen. Doch nun ist auch dies Geschichte. In ihrem Bestreben, „Everybody’s Darling“ werden zu wollen, ist die Union nun zu „Everybody’s Depp“ geworden, wie es – sehr frei zitiert – seinerzeit bereits Franz Josef Strauß voraussagte. Besonders weit vorangeschritten ist dieser Prozess im Übrigen in Mitteldeutschland, wo die CDU teilweise wie marginalisiert wirkt und die AfD zur – gemessen an den Stimmenanteilen – führenden konservativen Kraft wurde. Der über sie gelegte Bann hilft dabei niemandem – außer den damit eigentlich gemeinten politischen Chaoten, die es übrigens auch im linken Spektrum gibt, die auf diese Weise nur eine Bedeutung zugesprochen bekommen, die ihnen gar

nicht gebührt. Was bleibt? Es sind Namen wie Carsten Linnemann oder auch Friedrich Merz, auf die mancher unverzagte Unionswähler nun setzen wird. Hoffen wir, dass es dabei nicht zu weiteren Enttäuschungen kommt.

Schwächeln die (bisher) Großen, freut dies oft die Kleinen. So ging es gleich nach dem Wahlabend FDP und Grünen, die zunächst einmal die grundsätzlichen Möglichkeiten einer Zusammenarbeit ausloten wollen. Erst dann sollen SPD und Union die Möglichkeit haben, sich für Koalitionsverhandlungen zu bewerben. Es ist ein aus dem Blickwinkel der Grünen und der Freien Demokraten nachvollziehbares Vorgehen, das Union und SPD gleichermaßen den erlittenen Bedeutungsverlust schmerzhaft vor Augen führt.

Derweil nehmen die Probleme unseres Landes nicht ab. Die Staatskasse bleibt leer, die Geldmenge nimmt besorgniserregend zu, die Preise steigen ebenso wie die demographischen Probleme, die USA sind mit sich selbst beschäftigt, China hat immer stärkere Weltmachtambitionen und Migranten in Millionenzahl rüsten sich für den Weg nach „Germoney“. Ein „weiter so“ darf es nicht geben, Entscheidungen und Maßnahmen sind gefragt. Davon werden so oder so die meisten von uns betroffen sein. Wir sollten uns auf „teurere“ und „ungemütlichere“ Zeiten einstellen im Deutschland des Jahres 2022. Ganz gleich, ob im Koalitionswettbewerb die Union oder – was derzeit wahrscheinlicher ist – die SPD das Rennen machen wird!

Herzlichst Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'H. H. H.' with a stylized flourish at the end.